Dienstag, 6. September 1921 • 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 80 Pf.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 419 • Ausgabe B Nr. 205
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 419

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Auf dem Wege zur Verständigung mit Bayern

Die bayerischen Koalitionsparteien für gütliche Lösung.

Die heutige interfraktionelle Beratung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 6. September.

Heute vormittag fanden im bayerischen Landtag Fraktionssitzungen der Koalitionsparteien statt, in denen die Haltung der Fraktionsführer für die anschließende interfraktionelle Sitzung besprochen wurde. In der Sitzung der deutschdemokratischen Fraktion, an der auch der Handelsminister und Reichstagsabgeordnete Hamm teilnahm, erstattete der Vorsitzende Dr. Dirr über seine und Staatssekretär Dr. Schweyers Informationsreise nach Berlin Bericht. Um 11 Uhr traten die Vorsitzenden der Koalitionsparteien zu der interfraktionellen Beratung zusammen, um zu den Ausnahmebestimmungen des Reichspräsidenten und zu der vom Reich geforderten Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern Stellung zu nehmen. Auch in dieser Beratung berichtete Dr. Dirr, der zugleich den Standpunkt seiner Fraktion formulierte. Soweit sich bis zur Stunde feststellen läßt, weicht die Haltung der Koalitionsparteien in ihrer Mehrheit so wesentlich von dem im gestrigen Ministerrat vertretenen Standpunkt des Ministerpräsidenten Kahr ab, daß es in Frage gestellt werden muß, ob ein Ausgleich zwischen beiden Auffassungen möglich ist, oder ob Herr v. Kahr es vorziehen wird, für sich und sein Ministerium die parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen. Denn während Herr v. Kahr in der gestrigen Ministerratssitzung jeden Abbau des Ausnahmezustandes in Bayern rund heraus ablehnte und sich dabei auf den Unterschied zwischen formalem und juristischem Recht berufen hat, **zeigt sich die parlamentarische Koalition in ihrer Mehrheit entschlossen, es nicht zu einem Bruche mit der Reichsregierung kommen zu lassen,** der auch ihr eigenes Ende bedeuten würde. Sie wird vielmehr Herrn v. Kahr nahelegen, durch abermalige Entsendung von Beauftragten nach Berlin den schon beschrittenen Weg direkter Verhandlungen mit der Reichsregierung weiterzugehen. Ausschlaggebend fiel hierfür der Bericht des demokratischen Fraktionsführers Dr. Dirr ins Gewicht, der sich als Beauftragter der bayerischen Landtagskoalition in den Berliner Verhandlungen von dem ernsten Willen des Reichsministers des Innern zu einer Verständigung mit Bayern überzeugen konnte. In diesen mündlichen Verhandlungen hat Dr. Gradnauer nicht nur direkte Vorschläge unterbreitet, sondern auch seinerseits Vorschläge und Auskunft darüber erbeten, wie weit Bayern nach Ueberzeugung seiner Regierung und Koalition den bestehenden Ausnahmezustand unbedingt noch braucht. Der Minister hat ferner zugegeben, daß die Ausnahmeerläße des Reichspräsidenten nähere Ausführungsbestimmungen oder ein besonderes Gesetz nötig machen, um ihnen jede unnötige Schärfe zu nehmen. Eine solche unnötige Schärfe erblickt die gesamte bayerische Koalition in dem Ersuchen der Reichsregierung um Einstellung der deutschnationalen „München-Augsburger Abendzeitung", das gerade in dem unglückseligsten Moment erfolgte, um die bayerischen Mittelparteien in die äußerste Opposition zu treiben und dadurch die Verständigungsmöglichkeit innerhalb der bayerischen Mehrheitskoalition noch mehr zu erschweren. Doch wird der Widerstand der bayerischen Mittelparteien, so sehr er aus der Regierung Kahr und aus bestimmten dynastischen Kreisen heraus bestimmt wird, nicht hinreichen, den Verständigungswillen der übrigen Koalitionsparteien zu brechen. Denn nicht allein, daß der **Bayerische Bauernbund sich dem Standpunkt der Demokratie stark angenähert hat,** so hat die interfraktionelle Aussprache auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich die **Bayerische Volkspartei** korrekt an die Vereinbarungen halten wird, auf denen die bayerische Landtagsfraktion fußt, und keinesfalls dem versuchten Zwange einseitiger Parteiinteressen folgt. Daß sich die Bayerische Volkspartei gegen die widerstrebende Strömung in ihren Reihen und gegen manche schwerwiegende Gefühlserwägungen zu dieser Entschlossenheit der Auffassung durchzuringen scheint, macht den Führern eigenschaften ihres Fraktionsvorsitzenden, Geheimrats Held, alle Ehre. Ob die Regierung Kahr sich gleich korrekt verhalten wird, bleibt abzuwarten, jedenfalls ist es bei der Landtagskoalition unliebsam aufgefallen, daß die reaktionäre Presse Münchens aus den Berliner Verhandlungen des Staatssekretärs Dr. Schweyer und des Abgeordneten Dr. Dirr Andeutungen brachte, die nur auf eine Indiskretion zurückgehen können. Ergaben übrigens schon die bisherigen Besprechungen innerhalb der Regierungskoalition ein **deutliches Abrücken von der Hartnäckigkeit des Herrn v. Kahr,** so wird dieser Gegensatz zwischen Regierung und Land noch viel offenkundiger werden, wenn in der für heute nachmittag anberaumten Sitzung des ständigen Landtagsschusses die Frage des Ausnahmezustandes und der Reichsexekutive auch von sozialistischer Seite angeschnitten wird.

Bayern und die Reichseinheit.

Eine Unterredung.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

✝ **München**, 6. September.

Ueber die politische Lage in Bayern wird mir von gutinformierter Seite folgendes gesagt: „Wenn man heute von einer Gefährdung der Reichseinheit schreibt und spricht, so treibt man ein sehr frevelhaftes Spiel. Allerdings hat sich ja der bayerische Gesandte Dr. v. Preger in ähnlichen Bahnen gehalten, als er in Berlin die ungeschickte Bemerkung von der Reichsexekutive machte. Wenn es zu der im § 48 der Reichsverfassung vorgeschriebenen Reichsexekutive käme, die dem Reichspräsidenten gegen ein Land, das seinen Pflichten nicht nachkommt, die Hilfe der bewaffneten Macht anzuwenden erlaubt, so wäre in der Tat die Reichseinheit gefährdet. Solche ungeschickten Bemerkungen müßte man in ernsten Augenblicken unterlassen." Wie ernst der Augenblick ist, zeigt der Artikel des „Bayerischen Kuriers", der Zeitung der Bayerischen Volkspartei. In ihm wird gesagt, daß Bayern durch das Reich, indem man seine staatspolitische Selbständigkeit ignoriert habe, schon zu einer Art Bezirksamt des Reiches herabgedrückt sei (!). Dieses Bezirksamt, das heißt die Herabsetzung Bayerns auf ein reines Reichsverwaltungsgebiet sei, so sagte mein Gewährsmann, der springende Punkt in der ganzen heutigen Situation. Man sehe die Vorgänge der letzten Tage als einen Eingriff in die bayerische Selbständigkeit an, den man nicht ertragen könnte und macht für alles das die Weimarer Verfassung verantwortlich, ohne zu bedenken, daß seinerzeit alle bayerischen Abgeordneten, mit Ausnahme Dr. Heims für diese Verfassung gestimmt hatten.

„Man beschwert sich," fuhr mein Gewährsmann fort, „daß das Reich die Exekutive in die Hand nehme und diese nicht den Landesbehörden überlasse, aber die bayerische Regierung sollte sich doch nicht so empfindlich zeigen, hat sie doch selbst im Februar 1921, als die Entwaffnungsfrage spruchreif wurde, dem Reiche ausdrücklich die Exekutive überlassen und ihm die Verantwortung zugeschoben. Damals habe die bayerische Regierung eine Reichsexekutive ausdrücklich als verfassungsmäßig anerkannt, während sie heute eine solche ablehne.

Neben dem angeblichen Eingriff des Reiches in die Staatshoheit Bayerns sei der zweite springende Punkt der verschärften Situation, daß das Reich vor Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten nicht Verhandlungen mit Bayern geführt hat. So wünschenswert gewiß solche Verhandlungen gewesen wären, so war doch auch für die Reichsregierung zu bedenken, daß, als der volksparteiliche Reichsjustizminister Heinze im Auftrag der Reichsregierung in München zwecks Verhandlungen über die Einwohnerwehren erschien, er hier in München verschlossene Türen gefunden hat und zum bayerischen Ministerrat nicht zugelassen wurde.

Uebrigens sei in der ganzen Angelegenheit für die heutige Situation auch noch wichtig und erwähnenswert, daß Dr. v. Preger in Berlin davon gesprochen habe, die linksorientierte Reichsregierung habe gegen die ausgesprochen rechtsgerichtete bayerische Landesregierung scharf gemacht. Sollte es sich wirklich um eine ausschließlich rechts orientierte Regierung handeln, so wäre in einer solchen Regierung natürlich heute kein Platz mehr für die deutschen Demokraten. Seither wäre immer betont worden, und Kahr habe es auch unlängst ausgesprochen, daß die bayerische Regierung eine Regierung der Mitte wäre. Der Ausspruch Dr. v. Pregers sei als sehr auffallend entweder auf eine Neuorientierung Kahrs zurückzuführen, oder es handele sich um ein rein persönliches Eingreifen des deutschnationalen bayerischen Justizministers Roth, dessen Sprachorgan, die „München-Augsburger Abendzeitung", verboten worden sei. In jedem Fall aber müßten sich mit dieser **neuen politischen Konstellation die auf eine Politik der Mitte geeinigten Koalitionsparteien** befassen.

Es sei nicht ausgeschlossen, daß Herr v. Kahr eine gegen die Reichsregierung treibende Rolle spiele, denn gerade jetzt werde behauptet, er sei durchaus nicht mit der Erklärung der bayerischen Koalitionsparteien einverstanden gewesen, die einen vernünftigen Ausgleich mit Berlin gewollt hätten. Herr v. Kahr, der bekanntlich als orthodoxer Protestant der katholischen Bayerischen Volkspartei zugehört, sei seiner inneren Anschauung nach deutschnational gesinnt. Seine engen Beziehungen zu monarchistischen Kreisen in Bayern sind kennzeichnend.

„Es kann auch heute nicht", fuhr mein Gewährsmann fort, „unausgesprochen bleiben, daß in der Tat Bayern das Land ist, wo sich die Reaktionäre des ganzen Reiches sammelten. Wer sei heute in Bayern für die Reichsregierung? Demagogen hätten eine künstliche Mißstimmung in ganz Bayern geschaffen, nur Franken sei auszunehmen. **Es sei notwendig, die Atmosphäre zu entladen,** man brauche Männer, die jene Gefahr bannten, von der heute schon hier in München mit großen Lettern geschrieben werde und die die Reichseinheit des Deutschen Reiches in Frage stellen."

Breslauer Messe.

Von unserem Sonderberichterstatter

Fritz Engel.

XX **Breslau**, 5. September.

Wer in Messetagen aus der Reichshauptstadt nach Schlesiens Hauptstadt kommt, wer in diesen Strudel von Geschäftigkeit, in dieses Auf- und Abwallen von Menschen gerät, hat den Vergleichspunkt nahe bei der Hand. Er sagt ganz einfach und mit Recht: „Berliner Betrieb".

Schlesiens „Gemütlichkeit" ist zwar noch vorhanden, sie blickt aus den Augen und guckt über jeden Zaun, aber es scheint, als ob sie mehr eine Privateigenschaft geworden ist. So unsachlich die Zeit in vieler Beziehung wurde, diese Schlesier haben eine strengere Sachlichkeit gewonnen. Es ist etwas von dem Ernst des Schützengrabenkämpfers über sie gekommen, der aufmerksame Zug steter Wachsamkeit, die Spannung, was die nächste Stunde bringt und wie der Gefahr zu begegnen wäre.

Breslau lieht seit sieben Jahren im Kriege. Erst war es die brutale Möglichkeit, von den Russen überrannt zu werden, dann waren es, wie anderwärts auch, die Entbehrungen und Nöte aller Art, und nun, nach dem sogenannten Friedensschluß, ist es die neue östliche Orientierung der Stadt, die ihr Schwierigkeiten, aber freilich auch Impulse bringt. Im Süden die näher gerückte Tschechoslowakei, mit der sich vielleicht wird leben lassen, aber im Osten das wirre, hypertrophische Gebilde des neuen Polens, mit dem, laut oder leise, noch immer der Kampf um Sein oder Nichtsein geht. Es ist ein latenter Kriegszustand, ein ewiges, heimliches Knistern, ganz Schlesien ist in einem steten Alarmzustand, und aus allen Herzen, von allen Lippen tönt immer als Losung und Feldgeschrei: „Oberschlesien muß deutsch bleiben."

Es ist sehr rühmlich, daß Breslau sich von dieser Unruhe nicht zur tatenlosen Nervosität verführen läßt, daß es die Hände nicht schicksalergeben in den Schoß legt und auch nicht nur das schöne „Alt-Breslau" sein will. Man ist hier gar nicht fatalistisch, und man denkt nicht daran, die Dinge auf sich zukommen zu lassen. Wenn man voll Optimismus ist, so ist es nicht der Optimismus, der auf das Glück wartet, sondern der bessere, der es erzwingen will. Dieses freudige Bekenntnis zur Tat, dieses Gelöbnis zur Arbeit, klang gestern aus allen Reden, die das fertige Kleid der diesjährigen Breslauer Herbstmesse mit hübschen Blumen bestickten. Der unermüdliche Organisator der Messe, Stadtrat Leß, seine treuen und eifrigen Mitarbeiter, Konsul Becker und geschäftsführender Direktor Wolf, sprachen im letzten Sinne dasselbe, wie der Landtagsabgeordnete Dr. Grund und der Oberbürgermeister Wagner, mit dem Breslau in allen seinen Lagern so ungemein zufrieden ist, und die Vertreter der Reichs-, Staats- und Provinzregierung vervollständigten den Chorus, der das Lied der unbezagten Arbeit sang.

Seitdem der verzehrende Krieg seinen offiziellen Abschluß gefunden, ist dieser Tatwille vorhanden. Ihm ist der Gedanke der Messe entsprungen, und mit Zähigkeit sind Hindernisse aller Art überwunden worden. Mißtrauen, hier und da wohl auch Uebelwollen traten der Idee in den Weg. Stockungen, erste Mißerfolge wurden als notwendige Kinderkrankheiten **mit in den Kauf genommen.** Jetzt darf man die Breslauer Messe als gesichert betrachten, und auch die Reichsbehörden haben das anerkannt, indem sie den Reichszuschuß auf 2½ Millionen Mark erhöht haben. Es muß dabei besonders betont werden, daß hier niemand daran dachte oder daran denkt, der großen Leipziger Messe, deren Wert und Bedeutung nicht geleugnet wird, Konkurrenz zu machen. Man glaubt nur, daß auch die sogenannten Grenzmessen, d. i. Königsberg und Breslau, notwendig und lebensfähig sind; daß sie besondere Aufgaben haben, die sie erfüllen müssen. Man will nicht gegen Leipzig, aber neben ihm handeln und wandeln und man erhofft dadurch Vorteile für das ganze Deutschland. Die Erfahrung lehrt ja auch wirklich, daß Verkehr an einer Stelle durch Verkehr an einer anderen nicht verringert wird, daß sich vielmehr der Verkehrszustand im ganzen dadurch hebt. So ruft man aus Breslau den Leipziger Volksgenossen das Wort zu, das diesmal kein Epikureerwort ist: „Leben und leben lassen!"

Das Breslauer Messe-Unternehmen hat Wurzeln geschlagen. Man darf sogar sagen, daß das Kind dem Erzeuger über den Kopf gewachsen ist. Raumnot ist ein übles Ding, aber wenn es sich um ein junges, geschäftliches Werk handelt, ist sie ehren- und hoffnungsvoll. So liegen die Dinge hier. Aussteller müssen abgewiesen werden, weil kein Raum vorhanden ist. Besonders auf manchen Interessenten aus dem Ausland hat die Messeleitung verzichten müssen, weil ihr vor allem daran lag, den Inländern Raum und Luft zu schaffen. Soviel wie eben möglich. Die Jahrhunderthalle im Scheitniger Park, ein Denkmal für Breslau und für ihren Schöpfer, den Stadtbaurat Berg, und ihre Nebengebäude reichen nicht mehr. Einige Räume des Zoologischen Gartens, den die Unguust der Zeit von seinen Insassen entblößt hat, sind hinzugezogen worden. Das alles genügt nicht. Der Blick geht in die Zukunft, geht zu Neubauten, die nicht billig sein werden, aber kommen müssen und kommen werden. Große Pläne werden entworfen, die Frage der Finanzierung wird erörtert. Der Wille ist da, der Weg wird sich finden.

Es wäre schön, wenn dann später einmal die Jahrhunderthalle nur den Repräsentationszwecken einer größer gewordenen Messe dienen könnte. Sie ist zu schön, zu festlich, zu erhaben, um die Warenmuster selbst aufzunehmen, wie es jetzt geschieht. Diese Dinge sind alle sehr nützlich, die Textil-, Papier-, Leder-, Glaswaren, die Möbel und Wirtschaftsgeräte, die chemischen Artikel, die Lebensmittel. Soweit sie in der großen Halle ausgestellt sind, verschwinden sie ein wenig in der himmelansteigenden Feierlichkeit der Wände. So empfindet wenigstens der in kaufmännischen Sachen laienhafte Gast. Gestern, an ersten Tage, verschwanden sie aber auch in der Fülle der Be-

Vor den neuen Finanzverhandlungen in London.

Doumer und Sir Robert Horne. — Belgiens Prioritätsrecht.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 6. September.

Die französische Regierung hat gestern in London mitteilen lassen, daß sie das Finanzabkommen vom 13. August nicht ratifizieren könne und hat gleichzeitig um eine neue Aussprache gebeten. Der Schatzkanzler Sir Robert Horne hat mitteilen lassen, daß er zurzeit zwar in Schottland weile, aber am Freitag zur Verfügung stehe. Finanzminister Doumer begibt sich daher nach London, und wird voraussichtlich am Freitag die ersten Besprechungen haben.

Nach einer Havas-Meldung aus London weiß man noch nicht, welches die Haltung der englischen Regierung angesichts der Erklärung der französischen Regierung, die Finanzabmachungen vom 13. August nicht ratifizieren zu wollen, sein wird. Man glaube indessen zu wissen, daß diese Entscheidung sehr wahrscheinlich keinerlei ungünstige Wirkung haben werde. Das einzige Bedauern, dem man in den amtlichen Londoner Kreisen Ausdruck gebe, sei, daß dadurch die ganze Frage wieder in dieselbe Unsicherheit zurückversetzt sei, in der sie sich vor dem Abkommen vom 13. August befunden habe.